

#### Projektverbund Senioren OnLine

Forum Seniorenarbeit NRW ist Teil  
des Projektverbundes Senioren OnLine

[www.senioren-online.net](http://www.senioren-online.net)



Senioren OnLine – ein Projekt des  
Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen  
und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen  
im Verbund mit



**Kuratorium Deutsche Altershilfe**  
An der Pauluskirche 3, 50677 Köln  
Telefon (02 21) 93 18 47-0  
Telefax (02 21) 93 18 47-6  
E-Mail: [info@forum-seniorenarbeit.de](mailto:info@forum-seniorenarbeit.de)



**Diakonisches Werk der Ev. Kirche im  
Rheinland / Ev. Verband für Altenarbeit  
im Rheinland**

Lenastraße 41, 40470 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 63 98-2 84  
Telefax (02 11) 63 98-2 99  
E-Mail: [christiancarls@sol-dw.de](mailto:christiancarls@sol-dw.de)



**Deutsche Gesellschaft für Gerontotechnik**  
Max-Planck-Straße 5, 58638 Iserlohn  
Telefon (0 23 71) 95 95-0  
Telefax (0 23 71) 95 95-20  
E-Mail: [sol@gerontotechnik.de](mailto:sol@gerontotechnik.de)



## Gender Mainstreaming in der Seniorenarbeit – bisher (k)ein Thema?



Beiträge zum Fachgespräch  
am 20. Oktober 2004 in Essen

[www.forum-seniorenarbeit.de](http://www.forum-seniorenarbeit.de)

Forum Seniorenarbeit NRW ist ein Projekt des



Ministeriums für Gesundheit,  
Soziales, Frauen und Familie  
des Landes NRW

im Verbund mit dem



Kuratorium Deutsche Altershilfe  
Wilhelmine-Lübke-Stiftung e.V.

## Demographische Entwicklung in Bielefeld – Gender Mainstreaming berücksichtigen ...

Susanne Tatje, Stadtverwaltung Bielefeld, Bielefeld

Die Folgen des demographischen Wandels werden sich auf viele Bereiche der öffentlichen Infrastruktur auswirken und nahezu jeden Bereich in der Kommune betreffen, wie Gesundheit, Stadtentwicklung, kommunale Finanzen, Schule, Jugend und Soziales, Verkehrsinfrastruktur oder Entwicklung der Arbeitswelt. Die erforderlichen Weichenstellungen zum »Abmildern« und damit ein konstruktiver Umgang mit den Folgen müssen schnell vorgenommen werden; bisher fehlen jedoch konsistente Strategien oder politisch abgestimmte langfristige Planungen.

Notwendig ist ein kluger »Mix« aus unterschiedlichen Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen. Die Stadt Bielefeld hat mit der Einrichtung der Stelle einer Projektbeauftragten für die »Demographische Entwicklungsplanung« im Dezernat des Oberbürgermeisters einen ersten Schritt getan. Gemeinsam mit den Dezernaten wird zurzeit daran gearbeitet, ein kommunales Handlungskonzept zu entwickeln mit dem Ziel, den demographischen Wandel zu gestalten.

Dafür werden in der Verwaltung Planungsschwerpunkte erarbeitet, weiterhin soll ein Diskussionsprozess mit unterschiedlichen Akteuren aus Wohlfahrtsverbänden, Wirtschaft, Hochschulen, Politik begonnen werden, an dem auch Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden. Das Thema »Demographischer Wandel« soll zu einer zentralen und gemeinsamen Aufgabe kommunalen Handelns und Politikgestaltung werden: Im Rat der Stadt Bielefeld wird ein Handlungskonzept mit Schwerpunkten für Bielefeld vorgelegt, das – parteiübergreifend – beschlossen und damit für alle bindende Wirkung haben soll und über die nächsten Wahltermine hinausreicht.

Möglichkeiten kommunalen Handelns sind die Politikfelder Familienpolitik und eine auf Integration setzende Zuwanderungspolitik, mit der

die Entwicklung demographischer Prozesse langfristig beeinflusst und damit gesteuert bzw. die Auswirkungen möglicherweise abgemildert werden können.

Obwohl Familie nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert im Leben der Menschen hat, liegt die Geburtenrate bundesweit seit mehr als zwei Jahrzehnten zwischen 1,3 und 1,4 Geborenen je Frau. Die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder nimmt folglich um etwa ein Drittel je Generation ab.

Aus internationalen Studien wissen wir, dass die Wirkungen von Familienpolitik auf die Geburtenrate umstritten sind. Vor allem haben rein finanzielle Unterstützungen offenbar nur wenige Effekte. Von grundsätzlicher Bedeutung ist dagegen ein kinder- und familienfreundliches Klima sowie die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Individuelle Lebensvorstellungen und der demographische Wandel der Gesellschaft erfordern eine Veränderung der familienpolitischen Rahmenbedingungen.

Eine zukunftsorientierte Familienpolitik in Bielefeld sorgt z. B. für

- ▶ Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten für Kinder
- ▶ Ganztagsangebote an Schulen
- ▶ Familienorientiertes Engagement der Unternehmen
- ▶ Unterstützung bei den Pflegeleistungen und
- ▶ Hilfe-, Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für Familien
- ▶ Ein kinder- und familienfreundliches Lebens- und Wohnumfeld

Eine gezielte Integrationspolitik berücksichtigt die Fakten der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse: So wird in NRW bis zum Jahr 2015 der Anteil Nichtdeutscher von gegenwärtig 11,4 Prozent auf 13 Prozent steigen, und die Prognose für 2040 geht von 18,7 Prozent aus. Und in den jüngeren Altersgruppen wird voraussichtlich der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund noch erheblich höher sein.

Der demographische Wandel stellt die Integrationspolitik vor zwei zentrale Herausforderungen:

1. Um die Potenziale der jüngeren Migrantinnen und Migranten für die Volkswirtschaft zu nutzen, bedarf es einer Integration in Bildung, Ausbildung und Beruf.
2. Integrationspolitik muss ethnische Ghettos verhindern. Es dürfen sich keine unüberschreitbaren Grenzen entwickeln.

Zukünftig muss also noch stärker darauf geachtet werden, bei Planungsvorhaben die Bedürfnisse der Gruppe von jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu beachten. Beispiele:

- ▶ Sprachkurse in den Kindergärten
- ▶ Angebote für Eltern – z. B. um sich in unserem Gesundheitssystem zurechtzufinden
- ▶ Sprachförderkurse in Schulen
- ▶ Hilfen bei der Berufsfindung
- ▶ Spezielle Gruppen für Mädchen und Frauen

»Potenziale und Chancen des Alters nutzen« ist ein weiteres wichtiges Anliegen der Stadt Bielefeld: Männer und Frauen sind heute bis zur Ruhestandsgrenze und darüber hinaus meistens körperlich und geistig fit, leistungsfähig und leistungsbereit.

Wichtig sind neue Angebote und Beteiligungsstrukturen; die aktiven und innovativen Fähigkeiten dieser Gruppe der Älteren müssen in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Gesellschaft erhalten bleiben und gestärkt werden.

Fazit: Die demographische Entwicklung erfordert einen in sich konsistenten und alle Politikbereiche umfassenden Handlungsansatz, und kommunale Politik muss noch viel stärker als bisher ihre Politik danach ausrichten.

Bei der Erarbeitung und Festlegung dieser kommunalen Schwerpunkte wird zu prüfen sein, wie sich diese auf Männer und Frauen auswirken. Das heißt, die Frage des »Gender Mainstreaming« muss, in Kooperation mit der Frauenbeauftragten, in allen Politikfeldern berücksichtigt werden. Das Wissen und die Erfahrung externer Expertinnen und Experten sollte bei der Gestaltung des demographischen Wandels mit einbezogen und genutzt werden, damit deutlich wird, was Geschlechtergerechtigkeit bei dieser zentralen Aufgabe heißt bzw. heißen kann.

### Beispiele für Gender Mainstreaming bei den Schwerpunktthemen und einzelnen Projekten:

#### ▶ Schwerpunkt Familienpolitik:

Bei der Entwicklung von Konzepten zur Familienpolitik geht es darum, dafür Sorge zu tragen, die gesellschaftliche Teilhabe beider Geschlechter zu berücksichtigen.

#### ▶ Schwerpunkt Zuwanderungspolitik:

Hier muss verstärkt die besondere Situation von Mädchen und Frauen der Zuwanderer thematisiert und bei Planungsvorhaben berücksichtigt werden.

#### ▶ Projektgruppe »Räume der Zukunft«:

Gemeinsam mit anderen »lokalen Akteuren« (städtintern und -extern) soll in Bielefeld ein Konzept (inkl. Umsetzungsvorschläge) für einen »zukunftsfähigen Stadtteil« entwickelt werden. Es geht u. a. um das Aufzeigen von Szenarien 2030 und 2050 und die Frage, wie sich die Stadtteile auf den demographischen Wandel einstellen müssen.

Bei der personellen Besetzung der Projektgruppe sind nicht nur Wohnungsbaugenossenschaft, Jugendhilfeträger, Wirtschaftsförderung, Universität, Interkulturelles Büro, Bielefeld Marketing, Fachkräfte aus der Verwaltung, sondern ebenso die Frauenbeauftragte der Stadt Bielefeld eingebunden.

